

Linke-Rhein-Zeitung

Informationen und Meinungen der Linken im Kreistag Rhein-Kreis Neuss

DIE LINKE.
im Kreistag Rhein-Kreis-Neuss

Bericht der Kreistagsgruppe DIE LINKE im Kreistag Rhein-Kreis Neuss an die Mitgliederversammlung der Partei DIE LINKE im Rhein-Kreis Neuss

Herausgeber
Gruppe DIE LINKE
im Kreistag Rhein-Kreis Neuss
Hochstadenstraße 11
41459 Neuss

1. Konstituierung und Grundlagen

Bei den Kommunalwahlen 2009 trat DIE LINKE im Rhein-Kreis Neuss, in den kreisangehörigen Städten Neuss, Kaarst, Korschenbroich und Dormagen sowie in der kreisangehörigen Gemeinde Jüchen erstmals an. In Meerbusch und Rommerskirchen nahm DIE LINKE nicht an Wahlen zum Stadt- resp. Gemeinderat teil.

Für DIE LINKE ergab die Kommunalwahl folgendes Ergebnis: In der Stadt Neuss ist DIE LINKE mit zwei Mandatsträgern im Stadtrat vertreten und hat damit Fraktionsstatus. In der Stadt Grevenbroich ist DIE LINKE mit einem Stadtratsmitglied vertreten – es hat sich durch einen Zusammenschluss mit dem dortigen Ratmitglied der FBG ebenfalls eine Fraktion gebildet. In den anderen genannten Kommunen ist DIE LINKE nach der Kommunalwahlen mit jeweils einem Mandatsträger und damit ohne Fraktionsstatus im Stadtrat vertreten. Damit hatte DIE LINKE in den kreisangehörigen Kommunen sieben Stadtratsmitglieder.

Mit Austritt aus der Partei durch die Stadtratsmitglieder Heiner Lindgens aus Jüchen und Knut Freitag aus Dormagen nach der Kommunalwahl und deren Weigerung, ihr Mandat zurückzugeben, hat sich die Zahl der Stadtratsmitglieder von sieben auf gegenwärtig fünf Stadtratsmitglieder reduziert, die der Partei DIE LINKE in den kreisangehörigen Kommunen angehören.

Auf Ebene Rhein-Kreis Neuss ist DIE LINKE seit der Kommunalwahl mit zwei Kreistagsabgeordneten (KTA) vertreten. Aufgrund der Größe des Kreistags haben wir keinen Fraktionsstatus: Mit Novellierung der Gemeindeordnung NRW kommt uns der



Hans-Wilhelm Grütjen (KTA)
Vorsitzender
02137-7960848
gruetjen@dielinke-kreistag-
rhein-kreis-neuss.de

Harald Farle (KTA)
Geschäftsführer
02137-7960846
farle@dielinke-kreistag-
rhein-kreis-neuss.de

[www.dielinke-kreistag-
rhein-kreis-neuss.de](http://www.dielinke-kreistag-rhein-kreis-neuss.de)

Ausgabe 1 /2011

hier neu eingeführte Status einer Gruppe zu, der dadurch gekennzeichnet ist, dass wir finanziell und in unseren Teilhaberechten an den Kreisausschüssen schlechter als Fraktionen, aber besser als Einzelabgeordnete gestellt sind. Einerseits stehen uns Geschäftsführungskosten in Höhe von 2/3 der kleinsten Fraktion zu, andererseits bekommen wir als KTA wie auch die sB unserer Gruppe aber keine Sitzungsgelder für Gruppensitzungen zur Vorbereitung von Kreistags- und Ausschusssitzungen

2. Beschluss zu Teilhaberechten in Ausschüssen

Im Vorfeld der konstituierenden Sitzung des Kreistags einigten sich die an einer Mitarbeit als sB Interessierten und wir als KTA uns einvernehmlich auf unsere Personalvorschläge zur Besetzung der Ausschüsse unter Berücksichtigung aller Ausschüsse, für die die Besetzung mit sB rechtlich möglich ist.

Da Bestimmung der Größe der Ausschüsse des Kreistages zu Beginn jeder Legislaturperiode durch die Mehrheit der Kreistagsmitglieder neu vorgenommen wird und dementsprechend keine diesbezüglichen überregionalen rechtlichen Vorgaben gegeben sind (Ausnahme Kreisausschuss – 17 Mitglieder), stand die Umsetzung jedes der Personalvorschläge unter dem Vorbehalt, dass der Kreistag die Gesamtzahl der Mitglieder des jeweiligen Ausschusses auf mindestens 18 Mitglieder festlegt. Dies war für sieben Ausschüsse der Fall.

Entsprechend dieser reduzierten Teilhaberechte sind weder wir als KTA noch sachkundige BürgerInnen in allen Ausschüssen des Kreistags vertreten. Dies gilt auch für den Kreisausschuss, einen zentralen Ausschuss auf Kreisebene.

3. Zentrale Schwerpunkte 2010

Wie in den Städten und Gemeinden ist das zentrale Thema auch auf Kreisebene im ersten Quartal eines Jahres die Einbringung des Haushaltsvorschlags durch die Verwaltung. In der Diskussion des Kreishaushaltes 2010 kritisierten wir insbesondere die strukturelle Unterfinanzierung des Haushaltes durch die permanente Verletzung des Konnexitätsprinzips seitens der Bundes- und Landesebene zu Lasten der kommunalen Familie. Dass dadurch bedingt der Kreishaushalt nur durch einen Rückgriff auf die Ausgleichs-



David Förster
Schüler
(LINKE)
sB Schulausschuss



Regina Hausmann
Lehrerin
(parteilos)
sB Schulausschuss



Alexander Henne
Dipl.-Ing., Dipl.-Wirtsch.-Ing
(parteilos)
sB Nahverkehrs- und
Straßenbauausschuss

rücklage bei gleichzeitiger Erhöhung der Kreisumlage zu Lasten der kreisangehörigen Kommunen ausgeglichen werden konnte, war ein wesentlicher Kritikpunkt.

Ein weiterer zentraler Schwerpunkt in 2010 auf Kreisebene war die Diskussion zum Thema Jobcenter oder Optionskommune. Der Hintergrund: Im Rahmen des seitens SPD/Grüne/CDU/CSU/FDP bei Verabschiedung der Hartz-Gesetze vollzogenen Systemwechsels in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik – der Abkehr vom Versicherungsprinzip und dessen Ersetzung durch das Alimentationsprinzip – wurden i.d.R. ARGEn, eine Mischverwaltung von Mitarbeitern der Bundesagentur für Arbeit und Mitarbeitern der Kommunen, mit dem „Management von Hartz-IV“ beauftragt. So auch im Rhein-Kreis Neuss. Das Bundesverfassungsgericht stellte fest, dass diese Mischverwaltung mit dem GG nicht konform geht. Hieraus ergab sich auch im RKN die Diskussion, inwieweit die Verwaltung künftig allein der Bundesagentur überantwortet wird (Jobcenter) oder die Verwaltung im kommunalen Bereich (Optionskommune) angesiedelt werden soll. Für uns als KTA und auch für die sB unserer Gruppe stellen beide Alternativen keine überzeugenden Modelle dar, da sie beide der Systematik der Hartz-IV-Gesetze unterworfen sind, wir haben uns nach intensiven Beratungen (unter Voraussetzungen) für die Optionskommune entschieden. Diese Voraussetzungen wurden seitens des Kreistags erfüllt. Eindeutig darauf hingewiesen haben wir, dass wir mit dieser Entscheidung die Bundesregierung nicht aus der Pflicht entlassen, die Kosten für die notwendige Unterstützung der Langzeitarbeitslosen in Zukunft angemessen zu übernehmen. Vor der Abstimmung im Kreistag brachten wir die Diskussion in eine Kreismitgliederversammlung ein, hier fanden wir die Unterstützung unseres Vorschlags pro Optionskommune.

Die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) wurde Ende 2009 in der Bundesrepublik in Kraft gesetzt. In den Kommunen und im Kreis beginnen wir in 2010 mit ersten Aktivitäten zur Umsetzung. Besonderes Augenmerk im Rhein-Kreis Neuss liegt derzeit im Bereich der inklusiven Beschulung. Auf mehreren besuchten Fachkongressen stellten sich u.a. folgende Fragen: Wie weit kann ein Schulwahlrecht reichen? Welche pädagogischen Konzepte für eine inklusive Beschulung gibt es in den einzelnen Schularten? Welche Kosten kommen auf die kommunale Familie zu? Liegen Finanzierungskonzepte vor? Auch hier sehen wir die Bundesebene in der Pflicht, sich angemessen an den der kommunalen Familie durch die Umsetzung der BRK entstehenden Kosten zu beteiligen.



Manfred Idler
Journalist
(DKP)
sB Kulturausschuss



Bernd Makowiack
Rechtsanwalt
(LINKE)
sB Planungs- und
Umweltausschuss
sB Sportausschuss



Oliver Reising
Dozent
(LINKE)
sB Rettungsausschuss
sB Sozial- und
Gesundheitsausschuss

4. Gegenwärtiger Schwerpunkt 2011

Derzeit wird der Kreishaushalt 2011 diskutiert. Auf der kommenden Kreistagssitzung am 30.3.2011 steht er zur Entscheidung an. Das zentrale Problem ist wie bereits im Haushalt 2010 die strukturelle Unterfinanzierung des Kreises und der Kommunen durch die permanente Verletzung des Konnexitätsprinzips seitens der Bundes- und Landesebene.

Ein weiteres zentrales Problem für die kommunale Ebene ist das GFG 2011: Die hier eingearbeitete (und durchaus nachvollziehbare, wenn auch nicht konsequent zu Ende gedachte) Grunddatenanpassung wirkt sich ausschließlich auf die interkommunale Verteilung der Finanzausgleichsmittel aus. Damit werden die knappen kommunalen Zuweisungen lediglich unter den Kommunen umverteilt, der Behebung resp. zumindest Milderung der vollkommen unzureichenden finanziellen Ausstattung der Kommunen wird das GFG 2011 nicht gerecht. Auswirkungen auf den Landeshaushalt ergeben sich durch das GFG 2011 nicht: Bereits für den Nachtragshaushalt 2010 beantragte unsere Fraktion im Landtag NRW, den gemeindlichen Anteil an der zu verteilenden Steuerverbundmasse (Verbundsatz) von derzeit 23 Prozent auf 24 Prozent anzuheben, wodurch die zu verteilende Finanzmasse um 350 Mio. € gestiegen wäre, der Antrag wurde von den anderen Fraktionen im Landtag NRW abgelehnt. Wie stark sich das Land aus der Mitfinanzierung der kommunalen Ebene zurückgezogen hat, verdeutlicht die Entwicklung der Verbundquote im Zeitverlauf: Sie betrug im Jahr 1981 noch 28,5 Prozent und wurde sukzessive auf derzeit 23 Prozent abgesenkt.

Die Kreisebene, die beispielsweise 80 Prozent der explosionsartig steigenden Kosten im Sozialbereich trägt, kann über die ihr zur Verfügung gestellten Schlüsselzuweisungen ihre Aufgaben nicht bewältigen. In der Konsequenz ist die unterfinanzierte Kreisebene quasi gezwungen, die kreisabhängigen Städte und Gemeinden, die ebenfalls chronisch unterfinanziert sind, über die Kreisumlage zur Finanzierung heranzuziehen. Die Konsequenz ist ein massiver Verteilungskonflikt zwischen Kreis und Kommunen, der Weg in die NHK ist bereits vollzogen resp. vorprogrammiert.

Näheres zu den Berichtspunkten kann in unseren jeweiligen Veröffentlichungen auf unserer Homepage nachgelesen werden. Die Haushaltsrede zum Kreishaushalt ist Anfang April 2011 auf unserer Internetseite nachlesbar.



Hans-Wilhelm Grütjen (KTA)
Werbefach- und Betriebswirt (FH)
Vorsitzender
Gruppe DIE LINKE
Kreistag Rhein-Kreis Neuss
Planungs- und
Umweltausschuss
Personalausschuss
Nahverkehrs- und
Straßenbauausschuss
Kulturausschuss
Arge-Beirat



Harald Farle (KTA)
Dipl.-Volkswirt
Geschäftsführer
Gruppe DIE LINKE
Kreistag Rhein-Kreis Neuss
Finanzausschuss
Personalausschuss
Sozial- und
Gesundheitsausschuss

Was die Kommunen selbst tun können

Auch in den Kommunen selbst kann und muss umgesteuert werden. Dabei denkt DIE LINKE nicht an die so genannte „Konsolidierungs- und Sparpolitik“, die letztlich weder den Haushalt ausgleicht noch die kaputten Straßen und Schulen repariert.

Auf der Einnahmenseite sind Verbesserungen im Rahmen der örtlichen Möglichkeiten durchaus erreichbar:

- Erhöhung der Gewerbesteuer. Kein Steuerdumping, sondern regional abgestimmte Hebesätze.
- Abgaben der lokalen Wirtschaft für örtliche Infrastrukturleistungen, z.B. durch eine Nahverkehrsabgabe für den ÖPNV.

DIE LINKE lehnt überhöhte Gebührenerhöhungen für öffentliche Dienstleistungen (Abwasser, Straßenreinigung, Friedhof etc.) ab, die über einen Inflationsausgleich hinausgehen.

Auch auf der Ausgabenseite ist ein kommunaler Politikwechsel nötig und möglich: Weg von der Politik des Standortwettbewerbs und der Subventionen zugunsten privater Investoren. Das Verschieben von öffentlichen Geldern in private Taschen sowie das Verschern von kommunalem Eigentum muss ein Ende haben. **DIE LINKE fordert:**

- Stopp von Groß- und Prestigeprojekten. Das Geld fehlt für Soziales und Bildung.
- Schluss mit Zins-Spekulationsgeschäften.
- Keine Privatisierungen von öffentlichem Eigentum.

innerparteiliche Kommunikation
